

Ministerin bringt 750.000 Euro mehr als erwartet

Ina Scharrenbach übergibt in der Kraftzentrale den abschließenden Förderbescheid für das Kultur- und Bildungszentrum

VON THOMAS VOGEL

ALSDORF Die drei Millionen Euro, die die Ministerin in Form eines Zuwendungsbescheids bei ihrem Besuch in der Kraftzentrale am Dienstagmittag im Gepäck hatte, war bereits im Um- und Ausbau des riesigen Gebäudes einkalkuliert gewesen und kam insofern nicht überraschend. Überraschen konnte Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Verwaltungsspitze der Stadt Alsdorf dann aber doch. Das Land kredenziert mit 3,75 Millionen Euro nämlich noch einmal 750.000 Euro mehr, als angekündigt.

2020 sei ein Ausnahmejahr in dem

eine Landesregierung auch zu Ausnahmeentscheidungen komme, erklärte Scharrenbach bei ihrem Besuch in Alsdorf. Bei den regelmäßigen Telefonkonferenzen, die sie mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten durchführe, habe sie mehrfach gehört, dass es mit den kommunalen Eigenanteilen in der Städtebauförderung eng werde im Corona-Jahr. Die Landesregierung habe daraufhin ein „Nordrhein-Westfalen Programm I“ aufgelegt und entschieden, in diesem Rahmen die Eigenanteile für die Bescheide aus der Städtebauförderung im laufenden Jahr vollständig zu übernehmen – in diesem Fall 750.000 Euro.

Ursprünglich waren Alsdorf ein-

mal 12 Millionen Euro zugesagt worden, um die Kraftzentrale „in Wert zu setzen“, wie Bürgermeister Alfred Sonders erklärte. Insgesamt erhöhte sich der Betrag inklusive des abschließenden Förderbescheids, den Scharrenbach persönlich vorbeibrachte, über die Zeit auf rund 19 Millionen Euro.

Baukosten ebenfalls höher

Erhöht hatten sich allerdings auch die Baukosten. War man in Alsdorf zunächst von einem Gesamtkostenaufwand von rund 45 Millionen Euro ausgegangen, landete man am Ende bei rund 58 Millionen Euro für das Kultur- und Bildungszentrum (Kubiz). „In der Hauptsache, weil wir

hier in der Kraftzentrale einen Totalschaden vorgefunden haben“, sagte Sonders. Bei der Planung sei dieser nicht absehbar gewesen. Das Land NRW habe Alsdorf jedoch nicht im Stich gelassen, als es schwer wurde.

Die Stadt selbst wird unterm Strich rund 39 Millionen Euro der Kosten für das Kultur- und Bildungszentrum selbst gestemmt haben, von denen etwa sechs Millionen Euro aus der Veräußerung der beiden alten Schulstandorte am Alsdorfer Weiher in Ofden stammen. Dafür habe Alsdorf allerdings auch etwas Tolles bekommen: ein dreieinhalbzügiges Gymnasium, eine inzwischen zweizügige Realschule, eine Musikschule und Singschule der städtischen Chöre.



Ministerin Ina Scharrenbach, MdL, Hendrik Schmitz, Bürgermeister Alfred Sonders und Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier (v.r.). FOTO: T. VOGEL